

Protokoll

über die 32. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 22.09.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger
Herr Olaf Wuttke

1. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Frau Jutta Kross
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

2. stellv. Stadtpräsidentin

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek
Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktionsvorsitzende



Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Seniorenbeirat

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Jugendbeirat

Verwaltung:

Frau Angela Gärke
Herr Rolf Jagemann
Herr Klaus Lieberknecht
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Frau Rebecca Thoß
Herr Ralf Waßmann

Justiziarin

Bürgermeister

Schriftführerin

Stadtentwässerung:

Herr Uwe Harms

Gäste:

Herr Adam Krüppel
Es waren außerdem 20 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Es fehlte entschuldigt:CDU-Fraktion:

Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer

Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

Um 19 Uhr begrüßt die Vorsitzende, 1. stellv. Stadtpräsidentin Frau Ciker, alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor. Frau Jacobs-Emeis beantragt die Tagesordnungspunkte, die voraussichtlich nicht öffentlich sind, alt TOP 11 „Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Jahresrechnung 2012 sowie die Stellungnahme des Bürgermeisters“ und alt TOP 13 „Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein zum Energiemanagement in den Mittelstädten“, öffentlich zu beraten.

Frau Ciker lässt darüber abstimmen, ob die Tagesordnungspunkte alt 12,14,15 und 16 nicht öffentlich beraten werden sollen. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Die Tagesordnungspunkte alt 12, 14, 15 und 16 werden nicht öffentlich beraten.

Weiterhin lässt Frau Ciker darüber abstimmen, ob die Tagesordnungspunkte alt 11 und 13 nicht öffentlich beraten werden sollen. 15 Ratsmitglieder geben ihre Ja-Stimmen. Somit ist dies abgelehnt und die Tagesordnungspunkte alt 11 und 13 werden öffentlich beraten.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds
 - 2.) Einwohnerfragestunde
 - 3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 31.Sitzung vom 21.07.16
 - 4.) Schriftliche Anfragen
 - 5.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
 - 6.) Strategische Ziele der Stadt Wedel - Umformulierung des Handlungsfeldes 7 - Finanzen
 - 7.) Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe www.wedel.de
 - 8.) Jahresabschluss 2015 der Stadtentwässerung Wedel
 - 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 9.2 Eingabe an den Rat vom 16.06.2016
hier: Antwortschreiben des Bürgermeisters
 - 9.3 Mündliche Information zum Antrag des Seniorenbeirates auf Änderung einer Ausschussbezeichnung
 - 10.) Jahresabschluss 2012
Feststellung des Ergebnisses
 - 11.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Jahresrechnung 2012 sowie die Stellungnahme des Bürgermeisters
 - 12.) Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein zum Energiemanagement in den Mittelstädten
hier: Stellungnahme der Stadt Wedel zu den Empfehlungen des LRH
- Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- 13.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 32. Sitzung vom 21.07.2016
-

14.) Niederschlagung von Forderungen aus der Gewerbesteuer**15.) Erlass von Forderungen aus der Gewerbesteuer gem. § 227 Abgabenordnung****16.) Mitteilungen und Anfragen****16.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste****16.2 Normenkontrolle****17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit****1.) Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds**

Frau Ciker verpflichtet Herrn Dr. Thöm zur gewissenhaften Ausübung seiner Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt ihn in sein Amt ein. Herr Schmidt gratuliert Herrn Dr. Thöm. Damit sind jetzt 29 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

2.) Einwohnerfragestunde

Es melden sich 4 Personen zu Wort.

Zunächst ergreift Herr Peyn das Wort bezüglich der Ratssaalakustik. Er merkt an, dass auch ältere Zuhörer gerne etwas auf den hinteren Rängen hören würden. Er habe dies bereits in einer der letzten Sitzungen gemeldet. Leider ist die Anlage nicht gut und die Sprechenden sind schlecht zu verstehen. Er schlägt vor, dass immer das Mikrofon nah am Mund benutzt wird, besser wäre jedoch, wenn die Beschallungsanlage erneut überprüft werden würde. Die kleinen Lautsprecher an den Seiten funktionieren nicht.

Herr Schmidt erklärt, dass die Anlage bereits überprüft wurde, aber er versucht gerne deutlicher zu sprechen und das Mikro zu nutzen. Die genauen Ergebnisse der Überprüfung werden in der nächsten Sitzung mitgeteilt.

Ein Einwohner, der anonym bleiben möchte, stellt eine Frage zum letzten Protokoll.

Weiterhin bezieht er sich auf seine Ausführungen aus der letzten Sitzung und auf den Rat des Bürgermeisters das Thema Kontrolle von Fahrradfahrern bei der Polizei anzusprechen. Er fragt welche Vergütung er dafür bekommen würde. Neben weiteren Fragen möchte er wissen warum die Tagung in Neumünster stattgefunden hat, obwohl die Aula des Rist-Gymnasiums für Bürgerversammlungen ausgerüstet sei.

Herr Schmidt erklärt, dass Klausurtagungen außerhalb des gewohnten Umfeldes üblich seien. Den Erfolg dieser Veranstaltungen werden die Anwesenden bestätigen können.

Die dritte Person ist Herr Imbeck, der eine Beschwerde vorträgt. In der 30er Zone der Straße Moorweg sei bereits das dritte Mal ein Ast herunter gekommen. Er trägt noch weitere Fälle vor, die ihm missfallen.

Die vierte Fragestellerin, Frau Hellmann-Kistler, liest folgende Anfrage zum TOP 6 vor: „Im Hinblick auf den zu fassenden Beschluss zur künftigen Sparstrategie der Stadt Wedel haben die hier anwesenden Eltern nahezu aller Schulen die Frage an Sie, welchen Stellenwert die Bildungslandschaft Wedel, welche vor Jahren mit einigem Aufwand aus der Taufe gehoben wurde, in Zukunft hat und wie die Stadt Wedel als Schulträger den



dringenden räumlichen Anforderungen der Schulen, nachgewiesen durch den Schulentwicklungsplan, Rechnung tragen will. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der nächsten Woche gleich 2 wichtige Entscheidungen für die Gebrüder-Humboldt-Schule und die Albert-Schweitzer-Schule anstehen.“

Herr Barop erklärt, dass die Bildungslandschaften einen hohen Stellenwert hätten. Sie seien wichtig und dies würde sich auch in den Beratungen zeigen.

Herr Dr. Murphy zitiert aus dem aktuellen Berichtsheft Seite 9, zur Gebrüder-Humboldt-Schule: „Stand Sommer 2016 zu Punkten 1.+ 2.: Mit dem Haushalt 2016 hat der Rat entschieden, sofort eine feste bauliche Lösung umzusetzen. Nach Freigabe des Haushaltes wurden die ersten Planungsaufträge erteilt. Zunächst wird der Rosengartenflügel mit einem Anbau versehen (1. BA: 3 Klassenräume und ein Raum im UG). Anschließend wird der Mühlenwegflügel aufgestockt (2. BA: 4 Gruppenräume und Freizeitbereich). Das EG wird in diesem Zuge für 2-3 Klassenräume hergerichtet. Die räumlichen Voraussetzungen für die durchgängige Vierzügigkeit in den Klassen 5-10 und die Dreizügigkeit in der Oberstufe werden damit geschaffen.“

Frau Kärigel erklärt, dass sie sich für die Bildungslandschaften und den bedarfsgerechten Ausbau, insbesondere für die Gemeinschaftsschulen, einsetzt.

Herr Kissig stimmt dem zu, auch für die CDU haben die Bildungslandschaften einen hohen Stellenwert. Die Verschuldungssituation habe sich verschlimmert und nun wird eine neue Art der Steuerung benötigt. Es könne jedoch nicht alles gleich stark gewichtet werden. Die Fachausschüsse müssen Prioritäten setzen, um dann die Haushaltsmittel entsprechend zu verteilen.

Für die FDP erklärt Frau Koschorrek, dass Bildung nach wie vor einen hohen Stellenwert habe, aber es könne nicht alles gleichzeitig umgesetzt werden. Die Meinung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport war jedoch eindeutig, dass die Erweiterung der Gebrüder-Humboldt-Schule erfolgen soll.

Auch für die WSI habe das Thema einen hohen Stellenwert, aber es müsse auch finanzierbar sein, so Herr Dr. Bakan. Zusätzliche Maßnahmen müssen in einem Entscheidungsprozess abgewogen werden. Es sei jedoch wichtig die Bildungslandschaften vollständig zu erhalten.

Frau Jungblut merkt an, dass Rücksicht darauf genommen werden muss, dass es hier um Kinder geht. Aus diesem Grund könne man es nicht aufschieben.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 31.Sitzung vom 21.07.16

Der Rat beschließt mit 1 Enthaltung und 28 Ja-Stimmen:

Beschluss

Das öffentliche Protokoll der Sitzung vom 21.07.2016 ist genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

5.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Frau Koschorrek verliest den Antrag der FDP.

Der Rat beschließt einstimmig:



Beschluss

Der Rat wählt in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport als ordentliches Mitglied Herrn Dr. Peter Heinze und als 1. Stellvertreterin Frau Renate Koschorrek. Weiterhin wählt der Rat in den Haupt- und Finanzausschuss als ordentliches Mitglied Frau Renate Koschorrek und als 1. Stellvertreter Herrn Dr. Helmut Thöm.

Als 4. Stellvertreter wird Herr Dr. Helmut Thöm in den Planungsausschuss gewählt.

Herr Wuttke verliert den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Rat beschließt als Stellvertreterin für das Kindertagesstättenkuratorium Frau Gudrun Jungblut anstelle von Herrn Harald Schlüter zu entsenden. Als ordentliches Mitglied wählt der Rat Frau Gudrun Jungblut anstelle von Frau Angela Drewes in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Herr Funck verliert den Antrag der WSI.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umbesetzung der stellvertretenden Mitglieder im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss wie folgt:

Frau Neumann Rystow

Frau Gudrun Nagel

Herr Joachim Funck

Herr Andreas Schnieber

Herr Dr. Stephan Bakan

6.) Strategische Ziele der Stadt Wedel - Umformulierung des Handlungsfeldes 7 - Finanzen

Vorlage: BV/2016/075/1

Herr Dr. Bakan stellt die Vorlage vor. Er erklärt, dass dies das Ergebnis der Klausurtagung sei und im Haupt- und Finanzausschuss bereits ausführlich diskutiert wurde. Hier wurde die Vorlage mit einer Enthaltung so empfohlen.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass er noch einen Antrag für seine Fraktion, den er im Haupt- und Finanzausschuss bereits gestellt hatte, später erneut stellen möchte.

Frau Koschorrek bezieht sich auf einen Presseartikel „Der Geist von Neumünster spart in Wedel“. Sie könne sich nicht damit identifizieren, denn in schwierigen Zeiten müsse man Verantwortung tragen. Es könne nicht zum Wohl der Stadt sein, diese in den Ruin zu treiben. Sollte keine Reißleine gezogen werden, bestimmt der Innenminister, was umgesetzt wird und was nicht. Somit gebe es keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Sie stellen sich der schwierigen Aufgabe und bitten die Verwaltung, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Miteinander in Neumünster war sehr kollegial. Ihr Wunsch wäre, Arbeitskreise auf Fachausschussebene mit den Fachdienstleitungen zu bilden, um sich außerhalb der Sitzung zu beraten. Nur dann, wenn wichtige Dinge zu beschließen sind, sollen die Fachausschüsse tagen. Die FDP stimmt der Vorlage zu, sie zitiert den Satz „Die

Gegenfinanzierung liegt vorrangig in der Verantwortung des zuständigen Fachausschusses.“.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass Kommunen im Gegensatz zu Bund und Ländern andere Finanzierungsmöglichkeiten hätten. Was das Sparen angeht, gibt es aber durchaus eine rote Linie.

Die SPD war vollständig in Neumünster dabei, so Frau Jacobs-Emeis. Bezüglich des Zeitpunktes müssten intern erst einmal Prioritäten in den Fraktionen gesetzt werden. Sie persönlich würde als Jahr 2018 bevorzugen, das aus ihrer Sicht immer noch ein sportliches Ziel ist.

Herr Kissig erklärt, dass keiner begeistert ist, Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung zu treffen, aber es liege in der Verantwortung der Politik, dieses zu tun. Wedel war eine der steuerstärksten Kommunen im Kreis Pinneberg. Die Situation habe sich nun geändert. Im Gegensatz zu den anderen Kommunen hat Wedel aber immer noch gute Gewerbesteuerereinnahmen. Einsparungen seien nie leicht, egal an welcher Stelle, aber es muss sein. Die finanzielle Lage kann nicht ignoriert werden. Es hat wenig Spareffekt, Abgaben und Steuer zu erhöhen, aber die Leistungen nicht zu reduzieren. Der Antrag bringe nichts. Die Stadt hätte ein Defizit von 28 Millionen Euro, bei einer Million Euro würde der Ausgleich 28 Jahre dauern. So kann das weiter gerechnet werden, wenn sich der Betrag sogar noch verringert, dauert der Ausgleich noch länger. Es bringe auch nichts, bezogen auf den Antrag der Grünen, gar keine Zahl festzulegen, da so die Bindung der Verwaltung und der Politik fehlen würde. Momentan gehe es darum zu sagen, dass man spart und nicht an welcher Stelle. Die Fachausschüsse sollen die Prioritäten setzen. Die Verantwortung der Mitglieder muss erhöht werden, so dass sich jeder des Problems bewusst wird. Die Grafiken in der Vorlage zeigen die Richtung und es sei eine unschöne Entwicklung. Die CDU sei bereit zu Sparbeschlüssen, so Herr Kissig, aber auch sie hätten ihre Grenzen. Er sieht als letzte Maßnahme die Erhöhung der Steuern, zunächst sind jedoch Einsparungen vorzunehmen.

Herr Wuttke findet es richtig, dass geguckt werden soll, ob eine Maßnahme auch bezahlbar ist. Zwei Schritte gibt es seiner Ansicht nach, der Erste ist die Formulierung der Aufgaben und als zweiten Schritt die Verteilung des Geldes. Vor zweieinhalb Jahren wurde der Beschluss gefasst, einen Jahresüberschuss von rund 1,7 Mio. € zu erwirtschaften, dies wurde jedoch bei weitem nicht erreicht. Daher hatte die Verwaltung in Neumünster einen geringeren Betrag vorgeschlagen. Nachdem sich nach 2014 herausgestellt hat, dass eine genaue Vorgabe nichts bringt und nicht funktioniert, sei es dann vielleicht besser, kein exaktes Ziel festzulegen. Daraufhin trägt Herr Wuttke seinen Antrag, der den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorliegt, vor. Er ergänzt, dass er der Beschlussfassung keine Steine in den Weg legen will.

Antrag

Herr Wuttke stellt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen, im 1. Absatz der o.g. Beschlussvorlage den 3. Satz („Es ist ein Jahresüberschuss von mindestens 1 Mio. € pro Jahr zu erwirtschaften.“) ersatzlos zu streichen.

Mit 5 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Anträge

Herr Dr. Murphy stellt folgende Anträge:

1. Die Änderung des Satzes „Es ist ein Jahresüberschuss von min. 1 Mio. € pro Jahr zu erwirtschaften.“ zu „Es ist ein Jahresüberschuss von einem mind. mittleren 6-stelligen Betrag pro Jahr zu erwirtschaften.“

Mit 6 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

2. Die Ergänzung des Satzes „Eine Gegenfinanzierung, die die Zuständigkeit des Fachausschusses überschreitet, ist möglich.“ hinter den Satz „.....in der Verantwortung des zuständigen Fachausschusses.“

Mit 7 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

3. Die Ergänzung des Satzes „Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erfolgt erstmals im Haushalt 2018“.

Mit 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Nun beschließt der Rat mit 21 Ja-Stimmen / keiner Nein-Stimme und 8 Enthaltungen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umformulierung des strategischen Handlungsfeldes 7 - Finanzen wie folgt:

Die Stadt soll langfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit erreichen. Die vorgetragenen Jahresfehlbeträge sollen langfristig ausgeglichen werden. Es ist ein Jahresüberschuss von mind. 1 Mio. € pro Jahr zu erwirtschaften. Sämtliche Jahresüberschüsse sind ebenfalls zur Deckung der aufgelaufenen Fehlbeträge zu verwenden oder der Rücklage zuzuführen.

Leistungserweiterungen, die „von außen“ auf die Stadt Wedel zukommen (z.B. Tarifierhöhung, Änderung Rechtslage): Diese Mehraufwendungen werden durch Mehrerträge (wie zum Beispiel durch Steuererhöhungen) oder Minderaufwendungen gedeckt. Soweit Leistungserweiterungen „von innen“ (Politik oder Verwaltungsvorschlag) kommen, muss eine Gegenfinanzierung beschlossen werden. Die Gegenfinanzierung liegt vorrangig in der Verantwortung des zuständigen Fachausschusses. Soweit keine Gegenfinanzierung beschlossen wird, bringt die Verwaltung eine Beschlussvorlage zu Mehrerträgen (z.B. durch Steuererhöhung) oder Minderaufwendungen ein.

Investitionen dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht beeinträchtigen. Sofern die Stadt bei einem ausgeglichenen Haushalt die Zinsen und Abschreibungen für Investitionen aus dem Ergebnishaushalt bezahlen kann, ist eine Investition möglich. Zusätzliche Investitionen müssen sich innerhalb von 4 Jahren amortisiert haben.

7.) Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe www.wedel.de Vorlage: BV/2016/084/2

Herr Dr. Bakan stellt die Vorlage vor.

Herr Rüdiger verliest die Anfrage der SPD-Fraktion, die als Tischvorlage verteilt wurde. Herr Schmidt antwortet, dass weder die Justiziarin noch ein externer Rechtsberater die Ergebnisse geprüft hätten. Im Rahmen der Vorbereitung der Arbeitsgruppe wurde jedoch verwaltungsintern geprüft. Der Wunsch nach Kontrolle durch einen externen Berater oder das Justizariat ist jedoch neu und wurde weder in der Arbeitsgruppe noch im Haupt- und Finanzausschuss angesprochen.

Herr Dr. Murphy merkt an, dass er die Variante B bevorzugt hätte, da es aus seiner Sicht eine deutlichere Kennzeichnung ist.

Herr Dr. Thöm findet die Variante A besser, da sie deutlich erkennbar zeigt, dass es sich um den Artikel einer Fraktion handelt. Weiterhin sieht er kein Problem darin die Inhalte

noch einmal nachträglich juristisch prüfen zu lassen, aber es gebe aus seiner Sicht auch keinen Grund dies zu tun.

Herr Kissig schließt sich der Meinung von Herr Dr. Thöm an, auch er hätte sich für Variante A ausgesprochen.

Frau Jacobs-Emeis und Herr Schnieber verlassen den Saal.

Bezüglich Punkt 3 der Anlage möchte Herr Rüdiger die Verwaltung in die Verantwortung ziehen.

Herr Schmidt antwortet, dass er gegebenenfalls derjenige wäre und nicht die Politik, der dafür gerade stehen müsste. Er hält die Vorlage nicht für rechtswidrig.

Frau Jacobs-Emeis und Herr Schnieber betreten wieder den Saal.

Herr Dr. Murphy möchte einen Änderungsantrag stellen, dass die Variante A durch B ersetzt wird.

Herr Wuttke ist der Meinung, dass die Variante B auch im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen wurde. Er erklärt weiterhin, dass Auslöser für die Entstehung dieser Arbeitsgruppe Unzufriedenheit mit der wedel.de-Seite war. Aus seiner Sicht gibt es eineinhalb Pressesprecher der Stadt. Eine offizielle Pressesprecherin der Stadt und eine halbe Stelle bei dem externen Dienstleister. Das benötige die Stadt nicht und er will dies noch einmal zur Diskussion stellen. Auch er bevorzugt die Variante B.

Frau Koschorrek erklärt, dass sie im Haupt- und Finanzausschuss aufgrund der Abwesenheit ihrer Kollegen selbstständig und ohne Rücksprache mit ihrer Fraktion entschieden habe. Es wurde im Haupt- und Finanzausschuss, wie in der Vorlage auch steht, die Variante A beschlossen.

Antrag

Herr Dr. Murphy stellt den Antrag, in dem Beschlussvorschlag die Variante A durch B zu ersetzen.

Mit 22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschließt der Rat:

Beschluss

In dem Beschlussvorschlag wird die Variante A durch die Variante B ersetzt.

Nun beschließt der Rat mit 24 Ja-Stimmen / 5 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung:

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage enthaltenen Ergebnisse der interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Bei Punkt 2.1 „Kennzeichnung der Artikel von Fraktionen“ der Anlage wird die Variante B beschlossen.

8.) Jahresabschluss 2015 der Stadtentwässerung Wedel Vorlage: BV/2016/086

Herr Barop verlässt den Saal.

Herr Grabau stellt die Vorlage vor.

Der Rat beschließt mit 28 Ja-Stimmen, keiner Nein- Stimme und keiner Enthaltung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel stellt den Jahresabschluss der Stadtentwässerung Wedel für das Wirtschaftsjahr 2015 fest.

Es betragen

die Bilanzsumme	35.714.495,40 EUR
die Erträge	5.984.021,65 EUR
die Aufwendungen	5.944.383,23 EUR
der Jahresgewinn	39.638,42 EUR

Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 41.649,31 EUR wird die Abführung an den Haushalt der Stadt Wedel in Höhe von 37.092,91 EUR beschlossen.
Der verbleibende Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Herr Barop betritt wieder den Saal.

9.) Mitteilungen und Anfragen

9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Schmidt erklärt, dass die Stadt beim Oberverwaltungsgericht das Normkontrollverfahren bezüglich der Beitragsordnung für die Wedeler Kindertagesstätten gewonnen hätte. Die beim Bundesgerichtshof eingereichte Nichtzulassungsbeschwerde wurde von dort abgewiesen.

**9.2.) Eingabe an den Rat vom 16.06.2016
hier: Antwortschreiben des Bürgermeisters**

Der Rat nimmt dies zur Kenntnis.

9.3.) Mündliche Information zum Antrag des Seniorenbeirates auf Änderung einer Ausschussbezeichnung

Herr Schmidt erklärt, dass der Ausschussname nicht jenseits der Hauptsatzung geändert werden darf.

**10.) Jahresabschluss 2012
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/2016/079**

Herr Dr. Bakan stellt die Vorlage vor.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2012 mitsamt den Anlagen, den Lagebericht sowie den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stabsstelle



Prüfdienste.

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags in Höhe von 17.150.317,42 € wird die Ergebnismrücklage in Höhe von 11.301.823,86 € in Anspruch genommen. Der übersteigende Betrag von 5.848.493,56 € wird als Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorgetragen.

- 11.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Jahresrechnung 2012 sowie die
Stellungnahme des Bürgermeisters
Vorlage: MV/2016/073

Die Vorlage wird vom Rat zur Kenntnis genommen.

- 12.) Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein zum
Energiemanagement in den Mittelstädten
hier: Stellungnahme der Stadt Wedel zu den Empfehlungen des LRH
Vorlage: BV/2016/087

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Rat beschließt die anliegende Stellungnahme der Stadt Wedel zur Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein „Ergebnis der Prüfung Energiemanagement in den Mittelstädten Ahrensburg, Kaltenkirchen, Quickborn und Wedel 2015“.

Frau Ciker schließt die Öffentlichkeit aus.

17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Frau Ciker unterrichtet die Öffentlichkeit darüber, dass die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 vom Rat beschlossen wurden. Sie wünscht um 21:30 Uhr allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die Sitzung.

Ayşen Ciker
1. stellv. Stadtpräsidentin

Rebecca Thoß
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift _____

